

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckspost: Dresden-Sachsen.  
Dienstpostamt: Sonnenallee 22-24.  
Telefon: 20071.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Auflösung monatl. 6,50 M., vierfachwöchentlich 10,00 M., durch d. Post bei täglich zweimal. Verlust monatl. 0,20 M., vierfachwöchentlich 0,50 M. 27 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 200 W., Wohnungswerb. 10 Pf. pro Zeile und Verhältnis 25%. Abzugssatz für Zeit. Auswendige Anzeigen gegen Vorauszahlung. Anzeigenkosten 30 Pf.

**Schreinerei und Hauptgeschäftsstätte:**  
Marienstraße 38/40.  
**Druck u. Verlag von Lippisch & Reichardt in Dresden.**  
Postleitzahl: Dresden 19 395 Leipzig.

**Ausschank nur mit beständiger Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gültig. — Unserlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.**

## Sport-Geräte

Tennis / Krocket / Schlagball / Fußball / Hockey / Turnen  
Fischerholz und alle Jugendspiele.  
Tennissäcke eingetroffen.

B. A. Müller :: Prager Straße 32.

## Kronen ---- Lampen

Antiquitäten  
Kretschmar, Bösenberg & Co.  
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz).

## Blesch-Weinstuben

Prager Straße  
Täglich: Künstler-Konzert  
Gute Küche / Gut gepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

## Haarfärbemittel

farben Schön, halbar  
garantiert giftfrei  
Parfümerie Paul Schwarzlose  
Dresden-A. Schloßstr. 13

## Verhandlungen zwischen Foch und Seeckt.

### Einziehung technischer Kommissionen.

Berlin, 7. Juli. Bei der Entente soll die Absicht bestehen, technische Kommissionen für die einzelnen noch schwelbenden Fragen einzusehen. Da endgültige Regelungen über alle schwelbenden Fragen in Spa nicht getroffen werden können, scheint man in Brüssel dahin Vereinbart zu sein, daß man eine Anzahl technischer Kommissionen in Spa bestimmen wird, an denen die deutschen Vertreter als gleichberechtigte Mitglieder teilnehmen werden. Der Umstand, daß General Foch heute bereits persönlich mit General Seeckt über die Einzelheiten der Entwicklungfrage verhandelt, läßt darauf schließen, daß man in Spa den Gedanken der Einziehung der technischen Kommission näherzutreten gesonnen ist. Da anscheinend die Kohlenfrage bereits morgen verhandelt werden wird, begibt sich der Reichskohlenkommissar Heinrich Stübing im Laufe des heutigen Nachmittags nach Spa.

### Die Vernichtung des Kriegsmaterials.

Haag, 7. Juli. Auf Anforderung einiger Delegierter, verlangen die Alliierten die sofortige Auslieferung des Kriegsmaterials. Deutschland kann dann, wie gewünscht, 200 000 Mann befehlens. Diese Annahme wird mit der Aussicht begründet, daß Lloyd George in seiner ersten Rede zu erster Stelle die Auslieferung von Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren verlangt und auch in seiner zweiten Rede nicht die Verringerung der Truppen, sondern nur die Vernichtung des Kriegsmaterials erwähnt.

Berlin, 7. Juli. Als Vertreter der Sicherheitspolizei begibt sich heute abend der preußische Minister des Innern Sevring nach Spa.

### „Eine Schlappe“ Gehrenbachs und Gehlerls.

Berlin, 7. Juli. Die „Nat-Ztg.“ läßt sich von ihrem Sonderberichterstatter aus Spa heute nachmittag melden: Augenblicklich steht sich die Lage folgendermaßen dar: Entweder die von den Deutschen erwartete Antwort befriedigt die Entente, oder die Konferenz ist gesprengt. In untersetzten Kreisen wird erklärt, daß wohl zu erwarten sei, daß die deutsche Delegation würde, um Hindernisse in wirtschaftlichen Fragen zu erlangen, sowohl wie möglich eine Neuerbung der militärischen Fragen verhindern. Lieber die gestrigste äußerst erregte Sitzung äußerten sich der französischen Delegation nahestehende Persönlichkeiten, daß das seite und scharfe Aufstreit zwischen Lloyd Georges als ein Zeichen dafür zu betrachten sei, daß Millerands Einfuß in der Entwicklungsfrau durchgedrungen sei. Tatsächlich in deutscher wie in alliierten Kreisen wird das Ergebnis der gestrigsten Sitzung als eine Schlappe Gehrenbachs und Gehlerls betrachtet. Gehlerls schlechtes Abschneiden wird damit entstellt, daß er von der Reise überredet war. Von zuverlässiger Seite wurde mitgeteilt, daß bereits Sonnabend vor der Abreise der deutschen Delegation nach Spa ein Entwicklungsbericht des Reichskanzlers Gehrenbach im Namen Lloyd Georges mitgeteilt habe, daß die militärischen Fragen in

erster Weise auf der Konferenz in Spa erörtert werden würden. Der Entwicklungsbericht hat ferner Gehrenbach den Notgegebenen, die militärischen Sachverständigen gleich mitzubringen.

London, 7. Juli. Die Blätter geben im allgemeinen ihrer Zustimmung zu der von Lloyd George gegenüber dem deutschen Vertreter in Spa eingenommenen Haltung zu. Der geistige Tag, so heißt es in einem Blatte, sollte den Deutschen zeigen, daß die Alliierten den Deutschen jede vernünftige Freiheit bei der Diskussion über die Methode der Ausführung des Vertragszustand bringen. Die Börse ist in sehr äußerstlicher Spannung und hat in den letzten Tagen durch gewaltige Absprünge ihrer günstigen Meinung über Spa Ausdruck gegeben.

Spa, 7. Juli. Die heutige Sitzung begann zur festgesetzten Zeit um 8½ Uhr. Die meisten Herren waren rechtzeitig erschienen. Als Verteiler trat diesmal Lloyd George ein. Von deutscher Seite ist inzwischen Botschafter Dr. Heinz und eine größere Anzahl von Sachverständigen in Spa eingetroffen. Silanes ist nach Meldeungen französischer Blätter nicht unter ihnen.

In der gestrigen Sitzung und bei Beginn der heutigen Sitzung haben allgemeine Sonderungen und Besprechungen stattgefunden. Wichtig in dem Zusammenhang erscheint auch eine Erklärung Millerands, die er französischen Journalisten gegeben hat. Der französische Ministerpräsident sagte, daß die Angelegenheiten der Konferenz nach der Ansprache der gestrigen Sitzung schneller Fortschritte machen werden. Man würde in Spa nur die großen Richtlinien festlegen. Einzelheiten würden später beraten werden. Bei dieser Unterredung hat Millerand auch eine Charakteristik der deutschen Delegierten gegeben. Er schilderte den Reichswehrminister als einen Mann von gutem Willen, den Außenminister als einen sehr gewissen Diplomaten; Gehrenbach machte den Eindruck eines guten Sachwalters, der bei Gelegenheit seine Amtshandlung gut zeigen könnte. Millerand blieb sehr optimistisch über die Niedigkeit der Konferenz. Was die Auseinandersetzungen unter den Alliierten selbst anbelangt, so gab der französische Ministerpräsident die Erklärung ab, daß sie in den Kommissionen gute Fortschritte machen, eine Erklärung, die sich aber nicht völlig mit den Tatsachen zu decken scheint.

### Die Alliiertenbesprechungen.

Spa, 7. Juli. Die Sitzung der alliierten Regierungen hatte heute früh eine lange Besprechung über die französische Frage. Der französische Finanzminister Marsal ist heute früh aus Paris nach Spa zurückgekehrt. Gestern holten Lloyd George und Millerand eine längere Unterredung. Später haben sie Venizelos empfangen und sich längere Zeit mit ihm beschäftigt.

Paris, 7. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des „Molin“ aus Spa meldet, hat der Chef der englischen Mission in Berlin General Malcolm gestern abend in Spa mit den Mitgliedern der deutschen Kommission verhandelt. (W. T. B.)

### Der Rückzug der polnischen Truppen.

Warschau, 7. Juli. Im Generallädtbericht vom 6. d. M. heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickelt sich die polnisch-russischen Angriffe weiter fort. Die feindliche Kavallerie, die durch unsere Front zwischen Drwiaza und Ustka-See durchgebrochen ist, operiert in der Gegend von Saalkowezgau. Infanterieabteilungen haben sich nach erbitterten Kämpfen auf der Linie Ustka-Ustka-See-Borkowo-Miniuta-Fluß beschlagnahmt in südöstlicher Richtung zurückgezogen. Anfolge des Standhaltens unserer Verteidigung wurde der Feind gezwungen, den unmittelbaren Druck auf unsere zurückgehenden Abteilungen aufzusezzen. An der Borkina haben wir an einigen Stellen in gänzlich verlaufenen Ausfällen Material, das der Feind zum Brückenkopf hergestellt hatte, zerstört. In Polen erlebte die Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt der Gegend der unteren Borkina zur größten Anspannung steigerten. Abteilungen der berittenen Armee Badenjino haben im Angriff Nowo genommen und unsere Abteilungen gezwungen, zu welchen. Die Angriffe der feindlichen berittenen Armee gehen in Richtung Klewan, und südlich von Borkino haben unsere Abteilungen in heldenmäßigen Gegenangriffen die in den gestrigen Kämpfen verlorenen Ortschaften Szłachowice und Garaczynce wieder genommen. (W. T. B.)

Wörlitz, 7. Juli. In einer vom Stadtrat Wörlitz überreichten Versammlung der Wörlitzer Landwirte beschlossen diese einstimmig, sich entgegen der vom Bauwirtschaftsministerium festgelegten Wirtschaftsverbesserung in der heutigen großen Not der Stadtbevölkerung mit einem Erzeugerpriß von 80 Pf. für Juli und August zufriedenzugeben. Die Landwirte wollen im August vorangehen, fordern aber, daß man ihnen darin folgt.

Nordlingen, 7. Juli. In einer vom Stadtrat Nordlingen überreichten Versammlung der Nordlinger Landwirte beschlossen diese einstimmig, sich entgegen der vom Bauwirtschaftsministerium festgelegten Wirtschaftsverbesserung in der heutigen großen Not der Stadtbevölkerung mit einem Erzeugerpriß von 80 Pf. für Juli und August zufriedenzugeben. Die Landwirte wollen im August vorangehen, fordern aber, daß man ihnen darin folgt.

### Die Schicksalslage von Spa.

In diesen bedeutsamen Tagen, in denen in Spa die Entscheidung darüber fallen wird, ob die für den Wiederaufbau nicht bloß Deutschlands, sondern ganz Europas notwendige Revision des Verfaßter Vertrages endlich in die Wege geleitet werden soll, ist es schwer, an etwas anderes zu denken und die öffentliche Aufmerksamkeit auf Dinge zu lenken, die nicht mittelbar oder unmittelbar mit diesem tiefsinnigsten und weitaußschauendsten aller Probleme der Gegenwart zusammenhängen. Die politische Erörterung lehrt mit zwingender Gewalt immer wieder zu dem einen Thema zurück, das alles Interesse für sich in Anspruch nimmt. Wie wird das Ereignis sein? Das ist die bange Frage, die auf allen Lippen schwelt. Die Börse ist in sehr äußerstlicher Spannung und hat in den letzten Tagen durch gewaltige Absprünge ihrer günstigen Meinung über Spa Ausdruck gegeben. Dieses internationale Institut ist aber bekanntlich von sehr languider Gemütsart, die gern glaubt, was sie willt, während im Gegenzug dazu die öffentliche Meinung nach all den bitteren Erfahrungen, die seit dem Waffenstillstand über uns hereingebrochen sind, im allgemeinen sehr zu einer skeptischen Auffassung neigt und auch jetzt der Börsemäßigsten rokoren Färbung der Lage stark Zweifel und Bedenken entgegensetzt. Diese werden unterstützt durch die unveränderte Unfreundlichkeit der Nordsee-Gruppe der Londoner Presse, deren führendes Blatt, die „Times“, erklärt: „Alle Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß es noch nicht die Lebhaftigkeit des Krieges beherigt hat. Seine Haltung ist zugleich annehmend und gemessen.“ Und gleichzeitig wird von unparteiischer deutscher Seite in Spa, die nicht von offizieller Stelle aus ihre Darstellung suggeriert hat, darauf hingewiesen, daß in seinem Augenblick seit dem 11. November 1918 der Druck der deutschfeindlichen Elemente in England und Frankreich so stark gewesen sei, wie gerade angesichts der jetzt geführten Verhandlungen. Optimistischer ist dagegen wieder die italienische Presse gestimmt, die einen gewaltigen Vordriff in den Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten seit der Zusammenkunft in San Remo feststellen zu müssen glaubt und Spa als den Ausgangspunkt einer neuen geschichtlichen Ära betrachtet, bestimmt, reiche Früchte zu tragen, wenngleich sie kaum so schnell heranzireien würden.

Es wäre ein rechter Segen, eine wahre Erlösung und Befreiung für unsrer ganzen in den Fesseln des Verfaßter Vertrages schmachtenden Kontinent, wenn die von italienischer Seite ausgesprochene Erwartung sich im weitesten Umfange bestätigte. Man darf aber die Dinge nicht von einem einseitigen idealistischen Standpunkt aus betrachten, sondern muß sich in läßter, realpolitischer Rücksicht der Tatsachen sagen, daß zu einer Verständigung die Übereinstimmung aller Teile erforderlich ist, und daß vor allem bei den Franzosen noch sehr wenig von dem unbedingt erforderlichen guten Willen zu erkennen ist. Die Pariser Richtung möchte bis zur Grunde noch am liebsten aus Spa ein zweites Versailles machen. Millerand ist, wenn er überhaupt jemals ernstlich den Versuch einer selbständigen Meinung und eines Biderstandes gegen den Hochschen Übermilitarismus gemacht haben sollte, ganz und gar in das Fahrwasser der heikivorigsten Chauvinisten eingewichen und tut alles, was die unter der Führung Fochs und Poincaré wollen. Seine Presse läßt nicht eine Sonne von Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit erkennen, ihr Ton ist nicht nur scharf, sondern bedrohlich gegenüber Deutschland, und aller Weisheit letzter Schluss besteht für die französische Regierung in der Forderung, daß der Verfaßter Vertrag restlos durchgeführt, die Enmaschung Deutschlands bis zum bitteren Ende erbarmungslos betrieben und die Besetzung weiteren deutschen Gebietes als Strafmittel für Nichterfüllung des Friedensvertrags unverändert beibehalten werden müsse. Wo hat in der französischen Presse bis hie ein Wort gestanden, das als Preisgabe auch nur eines dieser Punkte gedeutet werden könnte? Wenn hat irgendwie irgendeiner französischer Politiker oder Staatsmann irgendetwas verlaufen lassen, woraus man auf die Absicht der lettenden Stellen schließen dürfte, in Spa in ebenso geraden wie bescheidenen deutschen Forderungen zu beweisen? Das Pariser Regierungsblatt, der „Tempo“, enthüllt das wahre, mißvergrauten Gesicht der französischen Politik in Spa durch folgende Haarparole: „Wenn die Männer, die beauftragt sind, Deutschland zu leiten, tatsächlich den Eindruck haben, auf einem nicht manöverfähigem Schiff zu sein, das trotz ihnen den Schiffbruch zutreibt, was hat es für Zweck, mit ihnen zu sprechen? Wenn die Lage Deutschlands so ist, wie sie sie beschreiben, was ist ihr Versprechen wert? Wenn sie aber nicht so ist, wie sie sie sagen, was ist dann ihr Urteil wert?“ Das heißt mit anderen Worten, die französischen Machthaber wollen überhaupt nicht ehrlich mit Deutschland zu einer Verständigung gelangen, sondern sagen es am liebsten, wenn ihr bestgeharter Hochdruck durch die „reife“ Erzwingung des Verfaßter Vertrages nach allen Regeln der Kunst zu Tode gefoltert würde;

### Neue Lebensmittelunruhen.

Stargard, 7. Juli. Auf dem Altstädtischen Markt und auf dem Fleischmarkt wurden heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert. Die Verkäufer schritten gegenüber den geforderten hohen Obstpreisen zur Selbsthilfe. Das Obst wurde auf die Straße geschleudert. Es wurden auch Tragkörbe von Eiern umgedrückt und den Händlern ins Gesicht geworfen. Eine Bauerfrau, die für das Ei 1,80 M. forderte, war bald darauf von oben bis unten in Totter geholt.

Berlin, 7. Juli. In Potsdam kam es zu Lebensmittelunruhen. Die städtischen Schritte gegenüber den geforderten hohen Obstpreisen zur Selbsthilfe. Das Obst wurde auf die Straße geschleudert. Es wurden auch Tragkörbe von Eiern umgedrückt und den Händlern ins Gesicht geworfen. Eine Bauerfrau, die für das Ei 1,80 M. forderte, war bald darauf von oben bis unten in Totter geholt.

Karlstraße, 7. Juli. Am Anschluß an eine große Demonstration der bürgerlichen Arbeiterschaft gegen die Teuerung und gegen den Zucker ereigneten sich gestern auf dem Wochenmarkt Aprikose reitungen und Plakatbewegungen. Vor den Warenhäusern und den Lebensmittelgeschäften länderten vorgetragen große Ansammlungen statt. Da die Lage zeitweise bedrohlich war, schlossen viele Geschäfte. In einige Geschäfte drang die Menge ein und setzte eigenmächtig die Preise herab. Heute fehlten sich die Kundgebungen weiter fort.

Nordlingen, 7. Juli. In einer vom Stadtrat Nordlingen überreichten Versammlung der Nordlinger Landwirte beschlossen diese einstimmig, sich entgegen der vom Bauwirtschaftsministerium festgelegten Wirtschaftsverbesserung in der heutigen großen Not der Stadtbevölkerung mit einem Erzeugerpriß von 80 Pf. für Juli und August zufriedenzugeben. Die Landwirte wollen im August vorangehen, fordern aber, daß man ihnen darin folgt.

Wörlitz, 7. Juli. Im Generallädtbericht vom 6. d. M. heißt es: Auf dem nördlichen Frontabschnitt entwickelt sich die polnisch-russischen Angriffe weiter fort. Die feindliche Kavallerie, die durch unsere Front zwischen Drwiaza und Ustka-See durchgebrochen ist, operiert in der Gegend von Saalkowezgau. Infanterieabteilungen haben sich nach erbitterten Kämpfen auf der Linie Ustka-Ustka-See-Borkowo-Miniuta-Fluß beschlagnahmt in südöstlicher Richtung zurückgezogen. Anfolge des Standhaltens unserer Verteidigung wurde der Feind gezwungen, den unmittelbaren Druck auf unsere zurückgehenden Abteilungen aufzusezzen. An der Borkina haben wir an einigen Stellen in gänzlich verlaufenen Ausfällen Material, das der Feind zum Brückenkopf hergestellt hatte, zerstört. In Polen erlebte die Kämpfe, die sich besonders im nördlichen Abschnitt der Gegend der unteren Borkina zur größten Anspannung steigerten. Abteilungen der berittenen Armee Badenjino haben im Angriff Nowo genommen und unsere Abteilungen gezwungen, zu welchen. Die Angriffe der feindlichen berittenen Armee gehen in Richtung Klewan, und südlich von Borkino haben unsere Abteilungen in heldenmäßigen Gegenangriffen die in den gestrigen Kämpfen verlorenen Ortschaften Szłachowice und Garaczynce wieder genommen. (W. T. B.)

Wörlitz, 7. Juli. Wie der „Vol-Anz.“ meldet, ist in Weißrussland gegen die Polen ein Aufstand ausgebrochen, der die russischen Truppen in der Gegend von Borkino und Ustka-See durchgebrochen ist. Die Eisenbahnbahn auf der Straße Jassy-Bobrujsk ist in die Luft gesprengt worden.

Paris, 7. Juli. Nach einer Haarparole aus Non-



## Der Krieg im Komiteesdienst.

**Wahlkreisbericht des Berliner Reichstags.**  
Berlin, 7. Juli. Der Haupthaushalt des Reichstages schloß heute, daß die Auschubberatungen nicht über diese Woche hinaus dauern sollen. Der Vorsitzende des Verkehrsministeriums wurde eingehend beraten. Der Reichstagssekretär Dr. Vogler (D.A.) machte darauf aufmerksam, daß seit der Eisenbahn im Monat Mai allein über 20 000 Dienstbahnhöfe aller Art geschafft und 402 Angestellten aus dem Eisenbahndienst entlassen worden seien. Dr. Hellekirk (D.A.) beantragte, mit zunächst Beschränkung einen Ausdruck einzulegen, bestehend aus Mitgliedern des Reichstages und aus Sachverständigen, der Vorholzung für die Entwicklung der Verkehrsaufgaben machen soll. Staatssekretär Giesler machte darauf aufmerksam, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat eine besondere Abteilung für Verkehrsweisen errichten soll. Der Abbau des außerordentlichen Personalsbestandes sei im Hinblick auf den Stand des Wirtschaftslebens nicht so einfach. Die planmäßigen Stellen für die Eisenbahndienstleitung und für die Abteilung für Wasserstraßen wurden genehmigt. Bei der Förderung von 6 Millionen Mark zur Entwicklung der Schiffahrt abteilung wendete sich Dr. Gubermann gegen den Plan einer Sozialisierung der Schifffahrt, ebenso Dr. Nieder (D. B.). Die Förderung wurde genehmigt. Der Antrag von 10 Millionen Mark für den Bau einer Großschiffahrtsstraße Donau-Main-Nehn, zunächst von Wittenberg bis Bamberg, und zum Ausbau des Donau von Regensburg bis Passau wurde einstimmig genehmigt. Weiterhin erklärte Staatssekretär Giesler die Errichtung einer Verkehrsabstimmung für unrentabel. Ein Antrag, die Benzinlieferungsverträge dem Haupthaushalt vorsulegen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der obenerwähnte Antrag auf Einschaltung eines Prüfungsausschusses.

## Die Militärgerichtsbarkeit im Ausschuß.

**Wahlkreisbericht des Berliner Reichstags.**  
Berlin, 7. Juli. Der Reichstagsausschuß zur Beratung der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hat dem Initiativvorschlag der Sozialdemokraten in seinen wesentlichen Punkten zugestimmt. Der erste Artikel wurde so gefestigt, daß die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben wird, abgesehen von Strafverfahren in Kriegssachen und gegen die an Bord von Kriegsschiffen befindlichen Angehörigen der Reichsmarine. An Stelle des strengeren Arrestes soll fortan die Strafe des mittleren Arrestes treten. Die Verbüßung ist auch zulässig, wenn die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin sie erfordert. Auf diese Art sind die Vorschriften der Unterfuchungsshaft Anwendung. Aufgenommen wurde ein neuer Artikel über die Anstellung von Heeres- und Marineanwälten, denen Getreide beigegeben werden. Die Anwälte sind richterliche Beamte, die die Beleidigung zum Richteramt haben. Den Anwälten liegt die Beratung des Befehlshabers in allen Militärstraffällen und disziplinarrechtlichen Angelegenheiten ob.

## Neue Krise in Österreich.

**Wahlkreisbericht des Berliner Reichstags.**  
Biel, 7. Juli. Spät nachts trat in Wien der Kabinettzustand zusammen, um sich mit der neuen Situation zu befassen, welche dadurch entstanden ist, daß der Staatssekretär Dr. Böwensfeld-Ruß, als das Betriebebewirtschaftsgesetz nicht noch seinen Intentionen entsprach, erklart hat, der neuen Regierung nicht mehr angehören zu können. Die dritte Gesang wird heute stattfinden. Man hofft, daß die Krise inzwischen beendet werden wird.

Biel, 7. Juli. Die christlich-sozialen Agrarier sind nicht gewillt, bei der dritten Sitzung des Betriebebewirtschaftungsgesetzes eine andere Stellung einzunehmen, und Landwirtschaftsminister Dr. Böwensfeld-Ruß erklärt, daß seine Rücktritt endgültig sei. Infolgedessen werden heute nachmittag sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten zu Staatssekretären gewählt bis auf Dr. Böwensfeld-Ruß, dessen Posten vorläufig unbesetzt bleibt.

## Ungarische Spione vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 7. Juli. Zwei tschechoslowakische Spione, die im Sommer 1919 versucht hatten, sich Nachrichten über unseren östlichen Grenzabschnitt, über Pulverbauten usw. zu verschaffen, hatten sich heute vor dem 2. Strafgericht des Reichsgerichts zu verantworten, nämlich der 24 Jahre alte Göriner Josef Bartl aus Biensdorf in Böhmen und der 27 Jahre alte Ingenieur Romadka aus Königshof in Böhmen. Bartl hat außerdem durch Erbrechen eines Beihilfesatzes am 7. August 1919 bei dem österreichischen Konsul in Berlin drei Altenbünder, enthaltend Naturalisationsurkunden, gestohlen, während Romadka sich außer dem genannten Verbrechen gegen § 8 des Spionagegesetzes und schwerer Urfundserfüllung schuldig gemacht hat, die ihm bei Begehung des Spionageverbrechens Ruhmen bringen sollten. Das Reichsgericht verurteilte Bartl zu 1½ Jahren Gefängnis und Romadka zu 2 Jahren Gefängnis. Bartl wurde von 11 Monaten erlittener Untersuchungshaft, Romadka 8 Monate angerechnet.

## Kunst und Wissenschaft.

+ Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus und Schauspielhaus geschlossen. Albert-Theater: „Fraulein Paul“ (548); Residenztheater: „Der ungetreue Oberhart“ (7); Central-Theater: „Die Reise in die Mädchengen“ (7); Kammertheater: „Kleine Sklavin“ (548).

+ Sommertheater Wünschendorf. Sonnabend, den 10. Juli, Dritter Bremerten-Kabinett: „Tiefe Natur“, Lustspiel in einem Akt von Hermann Baer, und die beiden Grotesken von A. Tschecow „Der Bär“ und „Ein Heizkessantrag“; für Dresden Erstaufführungen. Die geplanten Grotesken von Ochs und Goek sind bis auf weiteres verlegt.

+ Kirchenkonzert. Samstag, 12. Juli, ab 19 Uhr, in der Christuskirche zu Dresden-Strehlen. Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 8 Uhr, ein Orgelkonzert. Gezeigt werden Werke von Bach, Cope, Elgar, Reger, Richard Wagner. Eintritt frei.

+ Prof. Max Klinger's Tod. Der Rat der Stadt Leipzig hat beschlossen, die Stadt bei der Beerdigung Max Klingers durch den Rathausbühnen vertreten zu lassen und Anfang Oktober des Jahres eine Gedächtnisfeier in Form einer Gedächtnisrede und musikalischer Darbietungen möglichst im Gewandhaus stattfinden zu lassen. Auch ist in Aussicht genommen, eine Straße oder Allee nach dem verstorbenen Künstler zu benennen, den zu seinen Söhnen zählen zu dürfen. Letztens steht sein Name. Bei der am Donnerstag stattfindenden Trauerei für Prof. Klinger in Großenhain bei Naumburg werden, soweit bisher feststeht, Geheimrat Prof. Dr. Studnietski von der Universität Leipzig, der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Kühne, Prof. Dr. Julius Vogel, Direktor des Leipziger Kunstmuseums und langjähriger Freund Klingers, am Sarge sprechen. Die Berliner Akademie der Künste hat mit ihrer Vertretung den Leipziger Stadtbaurat Geheimrat Dr. Böck beauftragt, die Berliner Sezession Prof. Dr. Julius Vogel in Leipzig. Der Dresdner Akademische Rat wird durch Prof. Stenzl vertreten, die durch Klinger begründete Villa-Romana-Stiftung durch den Leipziger Verlagsbuchhändler Dr. Georg Olzei, der Deutsche Künstlerbund durch den Maler Grafen Falz-Fein, der Verein Leipziger Jahrestausstellung durch den Bildhauer J. Hartmann. Die musikalische Umrahmung der Feier wird vom Leipziger Gewandhausorchester dargeboten. — Weher Prof. Max Klinger's lebte Stunden wird aus Halle noch mitgeteilt: In den letzten Wochen hatte sich Klinger mit seiner Gattin nach Saalfeld begaben, um dort ein neues Landhaus für sein Eigenheim im Leipziger Blas-

## Deutschliches und Sächsisches.

- Der Religionsunterricht in der Volksschule. Der Reichstagsausschuß der Volksschule lehnte am gestrigen Mittwoch die Regierungsvorlage über die Weitererteilung des Religionsunterrichts in der Volksschule ab. Es waren bekanntlich Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob die Bestimmungen des sächsischen Übergangsvertrages, daß Religion nicht mehr zu erteilen sei, zu Recht bestehen oder nicht vielmehr der Reichsverfassung zu widersprechen. Die beiden sozialistischen Parteien lehnten die Vorlage ab, während sämliche bürgerlichen Parteien dafür stimmten.

- Der Gesetzentwurf über die Genehmigungspflicht bei Gewerbeprüfungen, der der Volkskammer vor längerer Zeit zugangen war, gelangte am gestrigen Mittwoch im Reichstagsausschuß der Volkskammer zur Berabstimmung. Ursprünglich war bekanntlich ein staatliches Genehmigungsberecht bei Grundstückserwerbungen vorgesehen, um der Bodenspekulation entgegenzuwirken. Auf Wunsch der sozialistischen Mehrheit aber legte die Regierung einen neuen Gesetzentwurf vor, der ein staatliches und gemeindliches Vorlauffrerecht einführt, ja unter Umständen sogar ein Enteignungsrecht. Der Entwurf wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, aber mit den Stimmen der Sozialisten angenommen.

- Erhaltung eines billigen Vorortverkehrs. Die Handelskammer Chemnitz hat das Sächsische Finanzministerium in Aufrichtung der sächsischen Handelskammern in einem ausführlichen Begründungsbericht erläutert, daß für die sächsischen Großstädte ein billiger Vorortverkehr nach Art der Berliner Verhältnisse zur Einführung gelangt und zu diesem Zweck ein Staatsvertrag mit dem Reich verabschiedet werden, der dies sichert.

- Sperrkunden im Fernsprechverkehr. Die Handelskammer zu Dresden wurde bei der Oberpostdirektion Dresden darüber vorstellig, daß zu den zugelassenen Geschäfts- und Vertragsverträgen während der Sperrkunden auch unbedingt die Aufgabe von Bestellungen an Geschäfte durch Privatpersonen gerechnet wird.

- Zur Beschaffung von Holz für die minderbemittelte Bevölkerung bat der Rat ein weiteres Berechnungsgeld von 200 000 M. aus der Anleihe bewilligt.

- Vom Günzbad. Die Schwim- und Wasserräder sollen jetzt wieder eröffnet werden unter Renseistung der Badepreise.

- Dresden: Anteil am Kriegsfürsorgeamt. Zur Bereitung des die Stadtgemeinde treffenden Anteiles am Verwaltungsaufwand des Kriegsfürsorgeamtes beschloß der Rat, 27 000 M. als Berechnungsgeld in den Haushaltplan für das Jahr 1920 einzufügen.

- Ein Nachtrag zur Sparkassenordnung bestimmt, daß künftig auch auf Grundstücken, die im Freistaat Sachsen liegen, eingetragene Erbbauverträge von der Sparkasse beliehen werden dürfen.

- Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Möglichkeit zu weiteren Notstandarbeiten zu geben, beschloß der Rat, unerwartet der Verabschiedung des Haushaltplanes für das Jahr 1920 die dort vorgesehenen Beträge von insgesamt 424 000 M. für Straßenarbeiten schon jetzt zu bewilligen, sowie die für Vornahme von Notstandarbeiten schon bewilligten Mittel in Höhe von 3 535 800 M. unerwartet der Entschließung des Reichs- und Staats über die Gewährung von Buschissen bereitzustellen.

- Zur Erstellung von Notwohnungen bewilligte der Rat in seiner letzten Sitzung ein Berechnungsgeld von 1 000 000 M. aus der Anleihe.

- Erhöhung des Wasserpreises. Die Erhöhung der Kohlenpreise, Böhme, Gehälter, sowie die Steigerung in den Preisen aller Materialien macht eine Erhöhung des Wasserpreises erforderlich. Er soll für das zu haushaltswirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken abzugebende Wasser unter Beibehaltung der Nachfrage mit Großabnehmern mit Wirkung vom 1. Mat. d. J. ab auf 80 Pf. für den Kubikmeter erhöht werden. Für jede volle 88 Ml., um welche der Kohlenpreis über 270 M. je Tonne steigt oder fällt, erhöht oder erniedrigt sich der Wasserpreis um je 5 Pf.

- Der Bonner Bergarbeiterstreik gegen den Steuerabzug hat keine weitere Ausdehnung erlaubt. Notstandarbeiten werden verrichtet. Die Bergarbeiter, die ebenfalls mit dem Streikbeamten liebäugeln, haben in leichter Stunde sich anders besonnen. Aus Bergarbeiterkreisen hört das „Von Tagebl.“, daß dem Proteststreik gegen den Steuerabzug noch ein Lohnstreik folgen soll.

- Auslandspostaillerüberwachung. Gemäß Verordnung vom 16. November 1918 besteht eine Auslandsbriefzensor. Um Verzerrung in der Verschiffung zu vermeiden, ist es ratsam und möglich, was leider noch nicht genügend bekannt ist, Auslandsbriefe bei den Postprüfungsstellen selbst, in Dresden Amalienstraße 18, 1. Obergeschoss, aufzugeben.

- Gegen die Ausfuhr von Schuhwaren. Die Handelskammer zu Dresden brachte im Einvernehmen mit den übrigen sächsischen Handelskammern beim Ministerium ihre Bedenken gegen den Plan des Reichswirtschaftsministeriums vor, die Ausfuhr von Luxusshuhwaren unter gewissen Einschränkungen zu gestatten, in die sie durch die rückläufige Konjunktur gesommen seien, bestrebt, daß die Größe, daß für die inländischen Verbraucher, bei denen immer noch großer Not an brauchbarem und preiswertem Strassenabwurf herrsche, der Mangel daran durch die Freigabe der Ausfuhr im Herbst und Winter nur um so größer werde. Die Unterscheidung zwischen Luxus- und Gebrauchsabwurf sei schwer durchführbar und könne leicht dazu führen, daß die Herstellung von Luxusshuhwerk von den Schuhfabriken um so mehr betrieben werde. Jedenfalls sollten ganz klare und strenge Bedingungen festgelegt werden, unter denen die Ausfuhr von Schuhwerk von Fall zu Fall und nur auf jeweiligen besonderen Antrag gestattet wird. Diese Maßnahme dürfte überdies nur als Notbehelf und als vorläufig angesehen werden.

- Wiederherstellung erloschener Rechte aus Berlinerungen. Die Handelskammer der Staatsanwaltschaft schreibt auf: Es ist nicht allenfalls befann, daß die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- oder Krankenversicherung, die noch dem 31. Juli 1914 erloschen oder geändert sind, auf krisentlichem, unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten den Antrag wiederhergestellt werden können, wenn das Erlöschen oder die Änderung darauf beruht, daß der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat. Die Wiederherstellung muß binnen 6 Monaten nach Beendigung des Krieges, sonst spätestens am 17. August 1920, von Versicherungsnehmern, die durch Krisenverhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind, insbesondere Kriegsgefangenen, spätestens 6 Monate nach dem Befall des Kriegerisses beantragt sein. Entsprechend gilt für Verhältnisse, die bei einer landesrechtlichen öffentlichen Versicherungsanstalt freiwillig genommen sind. Diese Verfügung ist vor allem für die Kriegsbeschädigten von außerordentlicher Bedeutung.

- Die Waldseiter des Dresdner Gustav-Adolf-Vereins im Margarethenpark am vergangenen Sonntag nahm einen erhebenden Verlauf. Der Vorsitzende, Pfarrer Dr. Kühn, stellte seine begehrte Ansprache unter das Wort des in der Soldatenvereinigung hingerichteten Rigauer Pfarrers: „Wir wollen aufrecht bleiben“. Positivere Vorträge und Lieder der Jugendvereine von der Johanneum-Pfarrer Dr. Wiesenhütter über: „Deutschland, Evangelische Rot und Gustav Adolf-Hilfe“. Er führte u. a. aus: Das „polnische“ Oberösterreich — aber seine industrielle Entwicklung ein zumessliches deutsches Erfolge, deutsches Arbeitsteil. Und Oberösterreich hat uns einen der deutschen Dichter geliebt: Eichendorff. Das „katholische“ Oberösterreich — aber im Zeitalter der Reformation war es vorwiegend evangelisch und hat zu der großen Zahl evangelischer Gläubiger einen der markantesten Charaktertypen gegeben: den oberösterreichischen Fürsten Markgrafen Georg den Bekenneter, der in Augsburg 1530 vor Kaiser Karl V. das Bekennnis ablegte, ehe er vom Evangelium ablief, wolle er sein Haupt auf den Block legen. Als Friedrich der Große Oberösterreich einverlebt, war der ganze Weltstand der evangelischen Kirche bis auf den letzten Rest der Gegenreformation zum Opfer gefallen. In 175 jähriger Arbeit hat sich die evangelische Kirche Oberösterreichs aus dem Nichts aufgebaut. Überlebten, das nur wenig kleinere als Sachsen, zählt an die 200 000 Einwohner, davon sind nur reichlich 200 000 evangelisch. Aber obwohl ungemein „christlich“ (Diakonie!), sind sie gut durchorganisiert in 62 Kirchengemeinden, die sich in 140 Kirchen und Kapellen sammeln. Zum Aufbau des evangelischen Kirchenstifts hat der treue Freund der Diakonie 2 Millionen Mark beigesteuert. Von der großen nationalen Bedeutung, welche die evangelische Arbeit in Oberösterreich hat, liegt ein beiderdeutsches Zeugnis das Verhalten der etwa 60 000 evangelischen Polen ab, die hauptsächlich in den Kreisen Pischau und Angerburg ansiedelt sind. Sie sind von vorbildlicher Treue gegen das Deutsche Reich und haben die großen politischen Veränderungen nie gemacht.

- Der Gewerkschaftsbund laufmännischer Angestellten hielt am Mittwoch abend im großen Vereinshaussaal eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit Tariffragen beschäftigte. Das Vortragsprogramm lautete: „Unserer Tarifverträge sind in Gefahr! Was geht vor?“ Redner war der Senvorsteher des Deutschen Nationalen Handlungsbüroverbandes, Bau Sachsen, Herr Milchow-Leipzig. Der Vortragende führte kurz an, was die Handlungsbüroverbande im Laufe der Jahre und

ganze Publikum ihr unter unanhörlichem lauten Beifallsapplaus und Rufen bis in sein Hotel begleitet, sondern auch als Mensch und als Deutscher hat er durch sein Werk gewirkt, denn überall im Theater und auf der Straße hörte man Ausdrücke warmer Sympathie für ihn.“ Das Programm der Wendischen Konzerte enthielt u. a. die Variationen von Brahms über ein Thema von Haydn, die „Frieden“-Ouvertüre von Gluck, die Gavotte aus „Idomeno“ von Mozart, die Pastorale und die Große Schuberts unvollendete H. Violin-Sinfonie, Mendelssohns Hebrewen-Ouvertüre, die Vorspiele zu „Robogrin“ und „Tannhäuser“, aber auch Schuberts „Pathétique“. Werke von Corelli, Rossini, Berlin. Das Orchester hat Wendl für die Leitung von Konzerten in Genna, Mailand, Parma, Bologna, Benedig und Triest gewonnen.

## Neue Bücher und Zeitschriften.

- Max Seitz, „Rom Heute zur Heimat“, Tagebuchblätter in Berlin und Dresden, mit Bildern von Franz Kroll und Dresdner Verlagsbuchhandlung R. C. Grob. Wie die Gedanken des Kriegers während vom Felde zur Heimat gewandert sind, und wie dann der Heimweg so bitterlich traurig war, schildern kleine Stimmungsbilder und Gedanken diese Blätter eines Mittäfers, der untenen Reihen kein Premer ist. Ein wenig möchte das Buch dazu beitragen, in uns und unseren Kindern trotz aller Trauer und Trübsal die Liebe zum deutschen Land und Volk wieder zu festigen, und so kommt es auch heute zurück, wo der Sinn fürs Vaterland nur widerstrebend zu der dunklen Vergangenheit zurückkehrt. Aber trotz allem, was inzwischen geschehen ist, werden die Kampfgenossen die Erinnerungen an Erlebtes nicht verloren lassen und gern zu Bildern greifen, in denen treu und ehrlich aufgezeichnet steht, was sie so oder ähnlich alle erlebt haben, was aber nur wenige rund und anschaulich auszudrücken vermochten. Seitz hat die Worte der Nächsten und Freunden, des Zugelben und Tragischen und einen starken väterlichen Geist, der all die bunten Bilder einheitlich verbindet. Nicht die großen Kriegereignisse, die kleinen persönlichen Erfahrungen der Kameraden spiegeln er treuerhaft wieder und bestätigt Freud und Seid im Volkston oder in herzhaftem Soldaten-deutsch. Inadequaten sind es die Gedanken des Heimat, lebensfröhlich im Felde gesetzter, die ihm die kleinen Stimmungsbilder entlocken und die kleinen, mit Humor getragenen Tagebücher und die Taten der Kameraden, von denen er anschaulich erzählt. Von wohltuendem Gefühl und treuer Heimatliebe ist das hübsche Büchlein erfüllt, das den geselligen Helden gewidmet ist.

- Das rote Meer. Roman von Clara Viebig. (Verlag von von Bock & Co., Berlin W.)

- In neuen Wegen. Band 2. Ein Jungmädchenbuch unserer Zeit. Herausgegeben von Adelheid Astrow und Karl Götter. (Franz Schneider, Berlin-Schöneberg.)

# Sächsische Volksammer.

Dresden, den 7. Juli 1920.

innerhalb der Gewerkschaften erreicht hatten. Die Arbeitgeber seien bemüht, den Einfluss der Angestelltenverbände zu brechen. Das Unternehmertum befürchte sich angeblich in einer Notlage, an die man allerdings nicht glauben könne; die Krise werde vielmehr in zu schweren Verbarben geweit. Tatsache sei vielmehr, daß auch in den letzten Jahren größter Gewinne den Arbeitseibern auch die kleinen Nachhändler für kleine Abweichungen werden müssten. Die bewilligten Gehaltserhöhungen nützen nichts, denn sie werden von weiteren Preissteigerungen überholen. In einer Ausgabe vom 6. Mai d. J. habe das Unternehmertum die Fassung ausgegeben, nichts mehr zu bewilligen. Am 6. Juni sei aber schon der Ruf: "Abbau der Löhne" gefolgt. Hier gegen müsse entschieden Stellung genommen und auf eine gerechte Bewertung der geleisteten Arbeit gedrungen werden. Es sei erst einmal nötig, über die Höhe der sozialen Arbeitnehmer zu einigen. Dieso müsse man jeder Ansicht, die aufständische Arbeitszeit wieder zu bestätigen, widerrufen. Es gelte jetzt, die Augen offen zu halten, denn schon beginne man, Tarifverträge zu kündigen. Am Anschluß an den mit lebhafter Zustimmung angenommenen Vortrag wurde der Verantragung einer Einführung vorzulegen, in der es heißt:

Die auf Vorauszahlung des Gewerkschaftsbundes taufmännischer Angestelltenverbände am 7. Juli 1920 im übertraktierten großen Saal des Vereinshauses, Auguststraße, verlauteten faustmännischen Anordnungen protestieren einschließlich gegen den von der Vereinigung beurteilten Arbeitgeber an ihre Mitglieder erlaubten Maßnahmen, je die Erhöhung der Gehälter abzulehnen. Die faustmännischen Angestellten bleiben in ihrer Entlohnung noch um soviel höher hinter anderen Arbeitnehmergruppen zurück. Die Arbeitgeber haben außerdem in den vergangenen Monaten durch den Zustand der deutschen Wirtschaft ganz erhebliche Konkurrenz erzielt, die den Arbeitern nicht den geringsten Vortheil bringt, sondern die durch die riesige Preissteigerung jede Gehaltserhöhung schon im voraus unwirksam machen. Auch liegt nun vor einer Preisermäßigung, die die Lebenshaltung der Angestellten günstig beeinflußt, nicht geprüft werden, ganz zu fangen von einem möglichen Ausgleich für die in der Vergangenheit existente Berlin. Die Angestellten erwarten, daß die Arbeitgeber auch in Zeiten angemäßigter Gehaltserhöhungen die Existenznotwendigkeiten ihrer Mitarbeiter zu Lasten ihres Gewinnkontos überstehen. Die faustmännischen Angestellten sind entschlossen, mit allen ihnen zu Mitleid nehmenden Mitteln für die notwendigen Verbesserungen ihrerstellungsverhältnisse einzutreten. Sie stehen spätestens hinter ihren Gewerkschaften und verlangen nicht nur die Erhaltung, sondern den weiteren Ausbau ihrer Tarifverträge.

Dem Vortrag folgte eine Auseinandersetzung, in welcher auch unter dem Präsidenten der erdrückenden Mehrheit der Versammelten parteipolitische Fragen angeschnitten wurden. Nach einem Schlußwort des Hauptredners stand die wiedergegebene Einführung einstimmig an an. —

**Gutwirtschafts- und Modellmesse in Leipzig.** Entwürfe und Modelle, die auf der Herbstmesse in Leipzig ausgestellt werden sollen, müssen bis zum 10. Juli bei dem ausständigen Ortsausschuß der Entwurfs- und Modellmesse eingebracht werden. Wie schon früher mitgeteilt, soll die Entwurfs- und Modellmesse der Vermittlung zwischen Künstlern und Industriellen dienen und Gelegenheit zur Vorlage neuer künstlerischer Entwürfe bieten. Besonders erwünscht sind Entwürfe für Metallwaren, Kleioplastik, Schmuck, Keramik, Glas, Porzellan und Gläserarbeiten, Möbel und Holzarbeiten, Zertifikate. — Für den Dresdner Ortsausschuß und die Arbeiten bei den Sächsischen Landesstellen für Kunstgewerbe, Kunstmuseum, Eingangskabinett, Ausstellungsausschusses, einzutreten, wo auch Anmeldeverordnungen und Auflösungsbedingungen erläutert sind.

**Röntgenkabinett.** Draußen heißtet Julialnt und vor den Toren der Stadt steht die Vogelwiese. Kein Wunder, daß der Theater misere besucht findet. Ach, wie ich mich freue, daß "Wolke aus London" noch einmal feiern zu können! Ich habe ein gutes altes Butterdienst am meiner Seite. „Was habe das Stück vor 65 Jahren in Wittenberg gespielt, es war so verrückt.“ So oft also in die "Kunst", die jetzt das Theater in Potsdam-Zehden heranbringt? Seltene Charaktere, Kino-Pfeiffer, der Abott alter langjährigen Mädchen und alter Damen, sein Autorengeschrieb muss die ganze Epoche 19. Jahrhunderts betonen. Doch der Vorhang teilt sich, und die Stimmung ist da. Und nun erlebt man alte Weisen und Worte der Menschen in fondierter Form. Welch unheimliches Werk in die Sarah Reed, welch kleiner Schauspiel der lächelnde John, wie hart und doch von Herzen am in Potsdam-Zehden! Und wie wird von allen der armen Frauen unterschieden! Aber die Jugend sieht und die Belebung des Vors mit den Damen macht alles gut. Gepflegt steht auf. Es gibt auch Komödienrollen: Julia von Blodermann als Babsi, Carl Bach als Vord, Kläre Wölckers als Sarah Reed. Auch die übrigen Darstellerinnen unter Emil Wöhrls Spieldame brauen ihre Pflicht. Tochterlicher trockenheit die Augen, die Herzen bebten beim Sturm der Wahnsinnungen in der wärmeischen Winternostalgie, wie herzig! sagt die alte Dame neben mir. . . .

**Dresdner Polizeibericht für 1919.** Am Jahre 1919 betrug die Zahl der von dem Polizeipersonal des bietigen Polizeiviertels angezeigten Verbrechen, Vergehen und Ungehorsamen 27.000, die Zahl der erkannten Anzeigen 28.889, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Ämtern gegebenen Antrachten und Auslastungen auf 119.773 belief. Von den angezeigten Verbrechen, Vergehen usw. betrafen: 279 Sittlichkeitsverbrechen bez. Vergehen, 225 Verleidung und Mörderverleidung, 174 Verbrechen bez. Vergehen gegen das Leben, 2.005 Diebstahl, 1035 Unterdrückung, 10 Raub, 11 Erpressung, 124 Veräußerung und Heftigkeit, 307 Feindseligkeit und Untreue, 287 Urkundenfälschung, 211 Sachbeschädigung, 19 Brandstiftung. Die Gesamtzahl der im Jahre 1919 im bietigen elektrischen Strafenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 117, darunter 72 Fußgängermöglichkeiten; bei 74 Unfällen wurden 82 Personen (49 männliche, 33 weibliche) verletzt. Vier Personen verstarben kurz nach dem Unfall. Die Zahl der Gefangenennahmen betrug 5981 und die Zahl der Befreiungen 296, demnach zusammen 6277 Personen, von denen 1380 Personen Haftstrafen zuerkannt erhielten. Im vergangenen Jahre sind 232 Selbstmorde und 28 Selbstmordversuche zur Anzeige gekommen.

**Festnahme eines geselligen Sittlichkeitsverbrechers.** Wie der Polizeibericht fürstlich weißt, waren junge Mädchen aus Blasewitz und Töpfersdorf nach Coswig gelockt und dort im Walde schwer unsittlich missbraucht worden. Dieser Unbekannt kommt am Dienstag in Töpfersdorf verhaftet werden; er wurde als der 1891 geborene, in Radebeul wohnende Maschinenschmied Max Strohbach festgestellt. Der Verhaftete hatte sich in der Nacht zum vergangenen Freitag in der Umgebung von Paa-Schandau an einem jungen Mädchen in schwerster Weise vergangen. Strohbach ist verheiratet, die Ehefrau steht ihrer Entbindung entgegen.

**Bolschewisten.** Naturkundliche Ausläufe von Dr. Höhler, Montag 1. Sonntag, den 11. Juli, Abfahrt 7 Uhr 15 Minuten ab Hauptbahnhof nach Pirna, Rückfahrt von Groß-Leditz vorab 11 Uhr 45 Minuten am Hauptbahnhof. — Oberleiter Emil Herrmann veranlaßte Fahrzeuge aus Karlsruhe der Bahn. Der erste Dienstag, den 12. Juli, beginnt nachmittags 3 Uhr am Bahnhofsbüro, der zweite, Donnerstag, den 13. Juli, führt nach Görlitz, Abfahrt 2 Uhr 45 Minuten von Dresden-Mariendorf, der dritte, Freitag, den 16. Juli, nach Zittau, das wird derselbe Tag benutzt. Teilnehmerkarten in der Reichsstelle, Breite Straße 9, 2.

**Dresdner Vogelwiese.** Es wird immer noch von sehr vielen Besuchern davon gesagt, daß die Schwedter Plaue wirklich zusammengegangen sind. Dabei sind morgen Freitag, von nachmittags 2 Uhr ab halbmonatlich Ausflugswochenenden statt, zu denen aber nur Damen Zutritt haben. Ab 9 Uhr abends haben auch wieder Herren Zutritt.

**Chemnitz.** Eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Beamten Sachsen soll am 31. Juli und 1. August in Chemnitz stattfinden. — In letzter Zeit ist die Zahl der hier eingebundenen Pakete so stark gegangen, daß vom 9. Juli ab im gesamten Stadtgebiete nur noch eine einmalige tägliche Paket-

Von dem Abg. Koch (Dem.) liegt folgende Auffrage vor: Hat die Regierung Maßnahmen getroffen, daß die noch zu erwartende

## Öffentliche

den Verbrauchern zu mäßigen Preisen zugeführt und wirtschaftliche Ausbeutung wie bei der Frühstück- und Beerenrate vermieden wird?

Ministeriat Dr. Salo beantwortet diese Auffrage.

Das Landeslebensmittelamt habe im März eine Verordnung über die Verpachtung von Obstplantagen erlassen. Pfauen seien mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Ernte nicht mit einzogen worden. Diese Verordnung wolle dem Bucher an der Quelle begegnen. Die Gültigkeit der Pachtverträge sei abhängig von der Schriftlichkeit unter Benennung der Pachtfirma und Angabe des mutmaßlichen Entwertetages. Die Kommunalverbände hätten die Pachtverträge im Einvernehmen mit Obstpächtern und Verbrauchern auf die Angemessenheit nachzuprüfen und sie unter Umständen für unwirksam zu erklären. Die Angemessenheit werde überwacht vom Landesreiseraum nachgeprüft. Um den Verbrauchern wenigstens das Obst von den Staatsstrukturen unmittelbar auszuführen, habe das Finanzministerium im Verein mit dem Wirtschaftsministerium Anordnung getroffen, daß die Bezirksverbände und die Gemeinden bei den Kernobstverpachtungen als Pächter ausgelassen werden. Privaten Obstpächtern, deren Pachtsumme 1000 M. übersteige, seien gewisse Verpflichtungen auferlegt. Weitere Beschränkungen erschienen unzweckmäßig und unangängig. Obstpacht für Sachsen würden zur Folge haben, daß Obst nach Sachsen nicht hereinkomme und das ländliche Obst abstehe. Es werde daher Aufgabe der zuständigen Stellen bleiben, die Preise dauernd zu überwachen und gegen Bucher unzuschicklich einzuschreiten.

Es folgt die zweite Beratung der Geschenkwürfe über

## Niederung des Gerichtskostengeches und der Kosten-Ordnung für Rechtsanwälte und Notare.

Beide Geschenkwürfe, die eine zeitgemäße Erhöhung dieser Gebühren bringen, werden mit einigen unumstößlichen Änderungen, die der Rechtsausschuß beantragt, einstimmig angenommen.

Darauf werden einige Kapitel des Staatshaushaltspolauses für 1920, sowie des Rechenschaftsberichtes für 1916 und 1917 erledigt. Die Kapitel beitreffen den

## Hausbank des Justizministeriums.

Der Haushaltsausschuß beantragt, Haushaltspolau und Rechenschaftsbericht mit einigen Abweichungen zu genehmigen. Insbesondere wird die Zahl der Staatsanwälte um 5 erhöht; ferner sollen die Ausgaben für einen Oberstaatsanwalt und seinen Gefängnisbeamten im nächsten Jahr nicht wieder eingesetzt werden. Ein Minderheitsantrag des Unabhängigen tritt für sofortige Streichung der Ausgaben für Gefängnisbeamte ein.

## Justizminister Dr. Hornisch

richtet zu dem Justizrat eingehend Stellung. Die Anforderungen der Justizverwaltung seien außerordentlich bedeckt. Sie seien nicht in gleidem Maße gewachsen, wie die Geschäfte der Justizverwaltung. Diese seien mit Besorgnis in die Zukunft, wie es gelingen solle, mit dem verfahrbaren Beamtenapparat alle Aufgaben zu erfüllen. Der neue Geist erfordere eine ungeheure Geschäftsausbauarbeit, aber man müsse doch endlich einmal auf diesen Gebiete sich besinnen auf das Prinzip einer weisen Sparsozialität. Es gebe auch eine

**Vertuschung in der Gesetzgebung.**

Man müsse ernstlich befürcht darüber sein, daß man nicht in der Rechtsopfer noch zu einem gewissen Bankrott komme. Es sei ganz jüngst, zu denken, daß gegenwärtig schlechthin niemand, und wäre es der klügste Kopf, sich in der Rechtsopfer einzufinden könne. Die Geiseln seien nunmehr so unklar, daß eine Interpretationskunst erforderlich sei, das Geige richtig anzuwenden. Das sei kein Wunder, weil viele Geiseln ein Kompromiß und einen Ausflug von Parteidämpfen darstellen. Es sei die höchste Zeit für einen organischen Neuaufbau des Rechts. Die Weltkriegszeit der Geiseln sei ein Beweis für die Überorganisation. Für die Erhöhung der Zahl der Staatsanwälte sei er dankbar. Notwendige Änderungen der Justizgelehrte sollten durch Novellen vorgenommen werden, nicht durch vollständig neue Gesetze, deren Handhabung bei dem Beamtenmangel und dem Mangel an geschultem Nachwuchs katastrophal würden. Wegen der Belebung eines Amts anwaltsstellen mit Offiziären sei er mit Unrecht angegriffen worden. Es handele sich nicht um Stellungen für Juristen. Die betreffenden Offiziäre seien für solche Wämter sehr geeignet, da sie meist Rechtssoffiziere gewesen seien. Sie hätten sich auch durchaus bewährt. Es sei eine Pflicht des Staates, bewahrten Offiziären, die in der schweren Zeit Leid und Leben zur Verfügung gestellt hätten, solche Stellungen zu übertragen, die für geeignet seien, zumal sie vor dem Richter ständen. Sie würden nicht besser als ein jugendlicher Arbeiter bezahlt. Der Minister tritt weiter für die Belebung der für die Gefängnisgerichte in gefüllten Summen ein. Die Zahl der Gefangenen sei außerordentlich gestiegen trotz der großen Zahl von Begnadigungen und Niederlassungen. Die Gefangenen verlangen vielfach nach dem Geistlichen. Es handle sich nicht

um eine Befreiung für Religionsgesellschaften, sondern teils um eine solche für Staatsdiener und Geistliche, die im Nebenamt angestellt seien. Beiderseit seie es an einer Tätigung der freitenden Vereine für die Gefangenen. Wenn man jetzt die Gefängnisbeamten ausschalte, würde man vor einer Blüte stehen. Beiderseit sei es noch nicht möglich gewesen, den Strafvollzug einheitlich in die Hände des Justiz überzuführen. Der Dualismus besteht fort. Das Justizministerium habe aber bereits vorbereitende Arbeit geleistet.

Abg. Günther (Dem.) weist darauf hin, daß der Justizrat eine große Aufgabe erfordert. Die unentbehrliche Rechtsopferpflege würde immer ein frommer Wunsch bleiben. Es sei anzuerkennen, daß von den Beamten viel Arbeit unter schwierigen Verhältnissen geleistet worden sei. Es müsse den neuen Zeitverhältnissen durch Förderung von Nichtern mit demokratischer Westausbildung mehr als seither Rechnung getragen werden.

Abg. Reuß (D.-R.) erklärt namens seiner Fraktion das Einverständnis mit den Forderungen des Justizrats, begrüßt die Vermeidung der Stellen und spricht den Richtern wärmste Anerkennung aus. Die Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes sei über jeden Zweifel erhaben. (Heftiger Widerspruch bei den Unabhängigen). Die Veränderungen des Abg. Günther, daß rechtsstehende Beamte bei Beschränkungen bevorzugt würden, sei schädlich und des hohen Maßes nicht würdig. Der Redner tritt für die Belebung der Stellen für Gefängnisbeamte ein. Im wesentlichen seien es sozialistische Gründe, die zur Bezeichnung dieses Titels Anlaß geben. Es handle sich jedoch um wichtige Interessen des inneren Volksgesundheit.

Abg. Rössel (Unabh.) hält die Gefängnisbeamten ungeeignet, sich der Gefangenenseitung anzunehmen. Die Überlängerung der Stellen sei auf die Unabhängigkeit des Justizministeriums zurückzuführen. Man habe die Amnestie abgelehnt und beschäftigte sich mit Kleinram.

Abg. Dr. Kaiser (D. W.) erklärt namens seiner Fraktion, daß die Belebung der Gefängnissozialordnung bringend erforderlich sei. Mission zu treiben sei aber nicht der Sinn dieser Sozialordnung. Der Geistliche sei der heraufziehende Vermittler zwischen dem Gefangenen und seinem Angehörigen. Er glaubt nicht, daß Richter nicht befördert würden, weil sie Demokraten seien. Selbstverständlich habe der Richter die Rechtsverfassung zu achten, wie er im vorher darüber denkt, gebe niemand etwas an. Es sei ein großes Unrecht, den Richtern soziale Orientierung vorzuwerfen. Das unabhängige Richteramt müsse vor der Politisierung bewahrt werden. Bei der Abschaffung der Zwangswirtschaft würde man die Hälfte der Beschäftigung der Staatsbeamten kreieren können. Die Richtergerichtsgelehrte sei niemals getroffen worden, sondern verhältnismäßig harmlose Fälle.

Abg. Krause (Dem.) ist mit dem Abg. Rössel darin einig, daß unberichtigte Gesinnungsbeeinflussungen der Gefangenen zu unvermeidlich hätten, aber die Gefängnisbeamten hätten doch eine legitime Wirklichkeit ausgebüttet.

Abg. Dr. Wagner (D.-R.) gibt zu, daß die Richter noch mehr soziale Verbindungen zeigten als bisher. Dem Händen aber oft die alten alten Gelehrte entgegen. Die Weltkriegszeit der Richter sei mit auf die fürsorhende Überwachung zurückzuführen. Es sei nicht richtig, daß die Richter in der Mehrzahl konservativ seien. Schon unter dem alten Regime habe es liberale Richter gegeben. Sie seien aber mehr parteipolitisch überzeugt nicht eingegliedert. Bei Ernennung von Beamten und Richtern sollte man nicht nach parteipolitischer Gesinnung fragen, sondern nur nach sozialmännlicher Eignung.

Abg. Lipinski (Unabh.) behauptet, daß früher derjenige Richter die meiste Aussicht auf Förderung gehabt habe, der am rücksichtslosen und brutalen Recht gegen die Arbeiterklasse mißbraucht habe. Die Gefängnisbeamten drängten sich den Gefangenen auf. Damit beschäftigten sie die Gefangenen, aber erbauten sie nicht.

Die Anträge des Haushaltsausschusses werden mit Stimmenmehrheit angenommen und das Minderheitsvotum abgelehnt.

Den

## Erlaß einer politischen Amnestie

betrifft ein Antrag des Abg. Barthel (Unabh.) und Gesetzes, zu dem der Rechtsausschuß vorschlägt, die Regierung zu erlauben, wegen politischer Vergehen inhaftierte oder bestraft Personen in hierzu geeigneten Fällen im Wege des Einzelbegnadigungen in umfassender Weise zu befreien, vom Erlaß eines Amnestiegesetzes im Hinblick auf das im Reichstage eingeleitete Verfahren abzuhören, jedoch bei der Reichsregierung auf Bekleidung einer Enthüllung in der Amnestiefrage hinzugeben.

Abg. Lipinski (Unabh.) bezeichnet den Antrag des Rechtsausschusses in ironischer Weise als ein salomonisches Urteil. Er habe sich um die sachliche Entscheidung, welche Straftaten begnadigt werden sollten, herumgedrückt. Redner beantragt Zurückverweisung an den Ausschuss.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen; damit fällt der Minderheitsvotum Lipinski.

**Nächste Sitzung:** Freitag nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Hegebewußtsein über die Sonn-, Fest- und Bußtagsseliger; Etatlapitel.

Bestellung stattfinden wird. — Vermischlich von einem und 3½ Jahren als Kind — habe es oft Streitigkeiten gegeben. Seine Ehefrau, Adele Crucina Margaretha geborene Böhlisch, hätte sich um nichts gefummert. Bereits seit Frühjahr 1919 unterhielt Mainda eine Liebesverhältnis mit der 26 Jahre alten Schaffnerin Ida Margaretha Fischer. Als dahinter kam, daß W. verheiratet sei, versprach er ihr die Heirat und tröstete sie mit baldiger Scheidung. Mitte März d. J. nahm Mainda die Modelle seiner Geliebten in seine eigene Wohnung zum vorläufigen Einstellen, ohne aber der Ehefrau darüber Aufschluß zu geben. Am 25. März fand Mainda abends 11 Uhr aus dem Dienst; er war den Abend vorher mit der Ehefrau zum Bergischen gewesen und erneut von dieser bedrängt worden. Mainda verehrte in der Küche kein Abendbrot und wedete um Mitternacht seine Frau unter dem Vorwand, er wolle zwei versteckte Stoffballen wegholen. Die Frau folgte ihrem Mann in Blasewitzer Elbuser. Dort hatte Mainda die Frau nach seinen Angaben auf den Landungssteg des Rudervereins gelockt und in die höhendende Elbe gestoßen. Mainda schob sie weiter, wie er dann nach Hause kam und sich zu seiner Mutter schlafen ließ. Am 26. März ging der Angeklagte zur Wohlbehörde polizeiwache, machte dort Anzeige, daß die Ehefrau davongelaufen sei und sich vermutlich ein Leid zugesetzt habe. Auch im Hause Mainda nach der Frau herum. Angehörige der Frau Mainda erstaunten aber bei der Polizei Anzeige, der Verdächtige wurde verhaftet und legte einige Tage darauf auch ein Geständnis vor der Kriminalpolizei ab.

Nach dem Wahlauspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte unter Verhafung mildernder Umstände des Totschlags schuldig befunden und demnach zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenstrafe verurteilt.

## Bereinstimmender Urteil

Abg. Dr. Oppen: 7 Uhr Ausfahrtung.

## Wortslüsse für den Mittagstisch.

Wurstsuppe; Kartoffelmos mit Pilzen.

— Chemnitz. Eine Landeskongress der sozialdemokratischen Beamten Sachsen soll am 31. Juli und 1. August in Chemnitz stattfinden. — In letzter Zeit ist die Zahl der hier eingebundenen

# Börjen- und Handelsteil.

## Die Kriegsgesellschaften.

Der Hansa-Bund schreibt und: Vergeblich wird sich mancher die Frage verlegen haben, welchen tatsächlichen Zweck die Kriegsgesellschaften heute noch zu dienen haben. In der Öffentlichkeit ist immer wieder aus diesem, das Wirtschaftsleben und insbesondere den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaftsschäden hörende Elemente hingewiesen worden; es wurde den Kriegsgesellschaften Lage, Kaufmännische Handlungweise und wirtschaftliche Gedanken in reicher Fülle nachgewiesen. Die zweckwidrigkeit ihrer Maßnahmen verschwiegen Handel, Gewerbe und Industrie an allen Ecken und Kanten, ohne daß sich die Regierung hätte bereitfinden lassen, etwas gegen diese schändliche Institutionen zu unternehmen. Endlich, dem Druck der Öffentlichkeit nachgebend, hatte sich die Regierung im Herbst vergangenen Jahres dazu versteht müssen, eine Denkschrift zu veröffentlichen, die Kunstfertigkeit gibt. Aber die bei den Kriegsgesellschaften gesuchten Gehälter. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man allein die Ergebnisse dieser Denkschrift als eine einzige Ungehörigkeit der Geldverschwendungen bezeichnet. Es ist ein fassendes Vergleich auf dem sich unter Wirtschaftsbehörden befindet, eine langsame unzureichende Entwicklung, gegen die sich aber Kaufmännischer und gewerblicher Schichten des Volkes vergleichbar zur Wehr legen wird, solange sie nicht Befreiung haben in diese eingeschlossene und umschlossene Ringmauer unserer Wirtschaft. Was sonst ist nun hinweg ohne Bogen und Säulen. Gerade in letzter Zeit wurde die Öffentlichkeit wiederholt durch Prozeße und Berichtigungen von früheren Angeklagten von Kriegsgesellschaften auf ein wohlorganisiertes Korruptionsystem aufmerksam gemacht. Unwiderstehliche Anstellungen von geradezu unlösbaren Dividendenwerten und Belieferungen der zwangsweise beschafften Produkte durch das Geschäftstreiben der Kriegsgesellschaften zeigen immer wieder die Feindseligkeit in Aufregung. Der Ruf nach Sparmaßnahmen erhält laut und eindringlich von amtlichen und nichtamtlichen Stellen, aber es fehlt die energische Hand, die dem Rufe die Tat folgen läßt. Davon haben die Kriegsgesellschaften seit ihrem Bestehen zu profitieren gewußt. Die angebliche Rücksicht auf den Kriegszweck hat auch nach Rückkehr normaler Verhältnisse das Geschäftsgedanken der Kriegsgesellschaften ins Dunkle zu hüllen gewußt.

Im April vorigen Jahres wurde vom Hansa-Bund an die Nationalversammlung das Erlassen geträumt, auf dem Wege der Gesetzgebung anzurufen, daß die Kriegsgesellschaften und verwandten Organisationen Bilagen und Geschäftsberichte in den ersten drei Monaten eines jeden Geschäftsjahrs zu veröffentlichen haben. Während sonst die Gesetzgebungsmühle heute in überholtem Tempo läuft, dauerte es monatelang bis endlich die amtlichen Stellen in Übereinstimmung mit den Wünschen des Hansa-Bunds auf Veranlassung des Reichsrates daran gingen, einen Ausschuß zur Überwachung des Geschäftsgedankens der Kriegsgesellschaften zu bilden. In dem Ausschuß sollten auch Mitglieder der Nationalversammlung vertreten sein. Es bedurfte im Frühjahr dieses Jahres einer besonderen Interpellation, um die Regierung zu veranlassen, im Einvernehmen mit dem Reichsrat die Zahl der von der Nationalversammlung zustellenden Mitglieder eines Untersuchungs-Ausschusses auf 21 festzulegen. Der volle Ausschuß hat sich aus Mitgliedern der Reichsregierung, 14 Regierungsräatern und 11 Mitgliedern der Nationalversammlung zusammen. Die Nationalversammlung ist aneinandergegangen, ohne daß sich der Ausschuß gebildet hat. Nurmehr hat sich der Hansa-Bund veranlaßt gefügt, an den Reichstag das Erlassen zu rufen, sofort die Bildung und den Auftritt eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung des Geschäftsgedankens der Kriegsgesellschaften usw. einzuleiten.

**Ein Antrag auf Änderung des Kapitalertragsherrvertrages** ist dem Reichsrat von Abgeordneten der Deutschen Nationalen Volkspartei eingegangen. Nach diesem Antrag sollen Kapitalerträge von der Steuer befreit werden, wenn das Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkommen, Vermögen, Aufzehrung, Witwen- und Rentenpension oder anderen Besitzungen und deren Vorteilen für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit sticht, und wenn der Steuerpflichtige al. entweder einen steuerpflichtigen Einkommensbetrag von nicht mehr als 3500 M. hat, oder wenn er bei einem steuerpflichtigen Einkommensbetrag von nicht mehr als 3000 M. zu viele als 20 % erwerbsfähig oder über 60 Jahre alt ist, oder wenn er mehrere erwerbsfähige oder erheblich erwerbsbedürftige Personen dauernd zum überwiegenden Teile zu erhalten hat. Die im Vorhergehenden genannte Erwerbsfähigkeit kann nicht nur durch körperliche Unfähigkeit, sondern auch durch andere Gründe bedingt sein.

**\* Voranschreibungen und Kapitalertragsteuer.** In interessanter Weise herzliche Umsicht darüber, ob die bei Vorausschreibungen in letzter Zeit üblich gewordenen Vorausschreibungen jemals sie vergrößert werden, der Kapitalertragsteuer unterliegen. Auf eine diesbezügliche Anfrage hat der Reichsminister der Finanzen dem Verein Berliner Konkurrenz und Industrieller Auskunft dagegen geantwortet, daß seines Erachtens die Vorausschreibung der Finanzgerichten zusteht, rechtlich dahin auszufassen sei, daß die Vorausschreibung eines Teils des Kapitalertragsteuerpflichtigen auf Basisen die Gewöhnung eines Darlehens des Käufers an den Verkäufern darstelle. Der Käufer bezahle daher bis zur Fälligkeit der Kapitalertragsteuerzung Zinsen von Horderungen im Sinne des § 2 Absatz 1 Nr. 1 des Kapitalertragsherrvertrages. Hieraus würden also bei Vorausschreibungen ausbedingte Zinsen der Kapitalertragsteuerzung unterscheiden.

\* Die Durchführung der Umschätzner. Auf Grund verschiedener, in der Presse erschienener Hinweise über die Kompliziertheit der Ausführungsbehältnisse zum Umschätzner und die Frage der praktischen Durchführbarkeit des Gesetzes eröffentlicht die „Textil-Woche“ folgende Auslösung des Reichsfinanzministeriums: Jene Umschätzner könnten den Eindruck verursachen, als ob im Reichsfinanzministerium mit einem Mindesten der Zugangssteuererhebung gerechnet würde. Es kann mit aller Sicherheit entgegengestellt werden, daß keinerlei der festen Entschluss, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die für das gesamte Steuersystem des Reichs besonders wichtige Umschätzner in allen ihren Teilen so vollständig als irgend möglich erhoben wird. Es wird nicht verkannt, daß bei der ersten Einführung Schwierigkeiten entstehen werden und sowohl die Steuerpflichtigen wie auch die Umschätznermänner vor einer Aufgabe stehen, die ihrer besondere Auswertekunst erforderlich macht. Es muß aber mit der Zeit gelingen, die Schwierigkeiten zu beheben. Die Wirkung der Nachreise wird dabei besonders erwartet sein.“

\* Ausprozeßende Deutsche Reichsbahnauflösungen von 1918 (Brieftasche Griffs). Bei der ersten Auflösung der am 2. Januar 1921 aus Mündung gelangenden Serie ist die Serie II gezogen worden. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. hört die Verbindung der ausgelösten Bahnauflösungen auf.

\* Die Frankfurter Arbeiterbank, G. m. b. H., soll in eine Aktienbank mit 12 Millionen Mark Grundkapital umgewandelt werden.

\* Engländer-Werke, Aktiengesellschaft in Dresden. In dem Projekt über die an der Berliner Börse zugelassenen 6 Mill. M. neue Aktien heißt es über die Aussichten: Das Unternehmen ist zurzeit mit Aufträgen zu angemessenen Preisen in pharmazeutischen Spezialitäten genügend versehen, leidet aber, wie die meisten Industriunternehmen unter den Schwierigkeiten der Rohstoff- und Rohstoffbeschaffung. Ob und inwieweit sich die enorme Steigerung der Geschäftsfeststellungen im Inlandsmarkt durch Preiserhöhungen ausgleichen läßt, ist nicht vorzusagen. Es darf aber gestellt werden, daß der Wiederaufbau des Auslandsmarktes für etwaige Ausfälle im Inlande einen Erfolg bieten wird.

\* Die Karl-Zeiss-Gesellschaft begab an ein unter Führung der Bank für Thüringen nebst Bankenkontorium zehn Milliarden Mark 4% Körige Tieflochluftversicherungen.

**Interessengemeinschaft Wettinischen-Deutsch-Panzemburg.** Die bereits angekündigte enge Zusammenfassung dieser beiden Montangruppen in geistigen gleichzeitig abgeschlossenen Ausschließungsvereinbarungen beider Gesellschaften grundsätzlich geschlossen worden. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die beiderseitigen Hauptversammlungen soll mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 auf die Dauer von 30 Jahren eine enge Interessengemeinschaft zwischen

der Wettinischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und der Wettinischen Bergwerks- und Häfen-Aktien-Gesellschaft eingegangen werden. Neben die Ausführungen, mit welchen den beschlußlosenden Ausschüssen dieser für die deutsche Wirtschaft so überaus wichtige Zusammenfassung der beiden Gesellschaften das nötigen begründet worden ist, hören wir folgendes: Die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, besonders aber die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands haben sich seit der Welt, in der die heutigen gemischten Konzerne entstanden sind, gewaltig verändert. Wir werden in Zukunft die Ausfuhr von Kohlen und Holzholz nach Möglichkeit vermehren müssen. Die Notwendigkeit, im verarmten Deutschland eine im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion viel zu zahlreiche Bevölkerung durchzuhalten, erfordert die Rohstoffe und Halbfabrikate im weiteren Maße zu verarbeiten und sie dann zur Ausfuhr zu bringen, so daß der ausländische Käufers nicht nur deutsche Bodenschätze erwirkt, sondern auch möglichst viel deutsche Arbeit bezahlt. Dieses Ziel erfordert auch die Interessengemeinschaft, die zwischen Wettinischen und Deutsch-Panzemburg geschlossen werden soll. Außer diesem gemeinschaftlichen Gesichtspunkt ergibt sich aus dem geplanten Zusammenschluß eine Reihe von besonderen Vorteilen für die bisher getrennt marktenden Unternehmen. Die Produktionsfähigkeit erhält, auf breiterer Grundlage ruhend, eine größere Stetigkeit und bessere wirtschaftliche Schaltung, die die widerstandsfähigkeit gegen Konjunkturwankungen. Technische Verbesserungen lassen sich zweimalig durchführen und zwar an der Stelle, die die Produktion vermöge ihrer Lage an den Rohstoffen und an den Verkehrsmitteleinheiten sowie zu den Abnehmern am vorteilhaftesten ist. Vorhandene Anlagen können besser ausgenutzt und Neubauten damit vermieden werden, die sonst das Einzelunternehmen zur Vermöhlung seines Arbeitsprogramms durchzuführen müßte. Sie aus dem Zusammenschluß ergab sich aus lösungsmöglichen Möglichkeiten im einzelnen auszuführen aber nur anzuwenden, würde zu weit gehen. Hervorgehoben werden muß aber doch die Möglichkeit der Ausstellung eines das Einandergehen der verschiedenen Betriebsteilungen regelnden Produktionsprogramms, das unter allen Umständen einen besseren Wirtschaftsgrad und damit erhöhte Wirtschaftlichkeit für alle Betriebe mit sich bringt.

**Wettinischer Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.** Die Vermögensaufstellung des Geschäftsjahrs 1919 schließt mit einem Nettogewinn von 20 040 088 M. (gegen 45 428 746 im Vorjahr) ab. Der auf den 17. August 1920 anberuhenden Hauptversammlung soll vorgetragen werden, 18 457 700 M. (gegen 22 161 000 M. i. J.) an Abschreibungen, 1 190 108 M. (gegen 500 000 M. i. J.) für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds zu verwenden und einen Gewinn an der Aktienrente von 11 % (gegen 6 % i. J.) zu verteilen. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 638 488 M. (gegen 1 270 941 i. J.). Die Abschreibungen konnten in diesem Jahre infolge der Abschöpfung der Industriebedürfnisse nicht mehr bemessen werden.

**Wiederanschlag Kohlenwerks in Berlin.** Der Vorstand machte in seinem Bericht für 1918/19 folgende Ausführungen: Das vergangene Geschäftsjahr stand im Zeichen einer verschärften Kohlennot und einer erschreckenden, sprunghaft sich steigernden Leistung. Die sprunghaftlichen Ursachen der Verstärkung der Erzeugungskosten sind die Einführung der Kohlensteuer, die gewaltige Steigerung der Röhne und der Materialpreise und die geringe Arbeitsleistung des einzelnen. Die Rohstoffe und die verminderten Arbeitsleistung haben den Rohmannschaft auf die geforderte Rohkohle von 2,428 M. im Jahre 1918/19 auf 7,921 M. im Geschäftsjahr als um mehr als das Dreifache erhöht. Bei gleichbleibender Förderung von rund 4,2 Mill. Tonnen war der Belegschaftsstand im Jahre 1914/15 2850 und im Geschäftsjahr 1908. Das Ergebnis ist um so ungünstiger, als noch berücksichtigt werden muß, daß im Geschäftsjahr auf den Tagebauen bei der Kohlgewinnung die Handarbeit durch maschinelle erzeugt und an geeigneten Stellen andere Handarbeit sparsame Einrichtungen, wie z. B. die Einführung der Selbstförderer und der Spülketten im Kraum gewählt wurden. Über die Aussichten heißt es zum Schluß des Berichtes: Die Betriebs- und Geschäftsverhältnisse im laufenden Jahre werden davon abhängig sein, ob die eingeretteten Preissteigerungen der wichtigsten Erzeugnisse weiter fortdauern oder ob diese im Interesse des gesamten Postes mindestens teilweise Beseitigung durch neue Roh- und Materialpreise erfolgen. — Nach Absetzung der Abschreibungen mit 4 000 000 M. (2 900 987 M.) verbleibt einschl. 4228 M. (1888 M.) Vortrag ein Reingewinn von 8 297 424 M. (8 310 136 M.), der wie folgt verteilt werden soll: eine Dividende von 12 % (10 % = 2 400 000 M. (2 000 000 M.), Anteile 100 000 M. (120 000 M.), Talon-Siemer-Rücklage 150 000 M. (155 000 M.), Arbeiterunterstützungsfonds 100 000 M. (40 000 M.), dem Beamtenunterstützungsfonds 400 000 M. (—), Vortrag auf neue Rechnung 77 423 M. (429 M.)

**Die Dresdner Bank** gibt im Anzeigenteile ihre Vermögensübersicht nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1919.

**Hansa Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg.** Die Gesellschaft veröffentlicht im Anzeigenteile ihre Gewinn- und Verlustrechnung für 1919.

**Rene Aktiengesellschaft.** Mit dem Tag in Karlsruhe wurde, wie und gemeldet wird, die Süddeutsche Gußbaustoffgesellschaft AG mit 1,50 Mill. M. Kapital gegründet. Unter der Firma Max Weil, A. G. für Industrie und Bauindustrie in Düsseldorf ist mit einem Aktienkapital von 3 Mill. M. ein neues Unternehmen gegründet worden, das sich mit der Herstellung von Säden, Toden und Plonen aller Art beschäftigt. Die Thermo-8 Bau-Industrie A. G. in Düsseldorf, die ein Aktienkapital von 1 Mill. M. besitzt, wird mit der Herstellung von Thermosanierungen und Betonherzeugnissen für den Bauhandel befassen.

**Die österreichischen Kriegsanleihen und die tschechischen Ansichten.** Präsident Malaryk hat das Kriegsanleihengesetz kontrolliert, demzufolge die österreichischen Kriegsanleihen nur mit 75 % und nur unter der Bedingung eingelöst werden, daß ihre Besitzer einen mindest gleich hohen Betrag auf die innere österreichische Ansicht zeichnen. Die Deutschen der Tschechoslowakei hatten dieses Gesetz durch schwäische Überstruktion zu vereiteln gesucht.

**Heilmobile Immobilien-Gesellschaft, A. G., Berlin.** Wünschen, wie das gesamte Steuersystem des Reichs besonders wichtige Umschätzner in allen ihren Teilen so vollständig als irgend möglich erhoben wird. Es wird nicht verkannt, daß bei der ersten Einführung Schwierigkeiten entstehen werden und sowohl die Steuerpflichtigen wie auch die Umschätznermänner vor einer Aufgabe stehen, die ihrer besondere Auswertekunst erforderlich macht. Es muß aber mit der Zeit gelingen, die Schwierigkeiten zu beheben. Die Wirkung der Nachreise wird dabei besonders erwartet sein.“

**\* Ausprozeßende Deutsche Reichsbahnauflösungen von 1918 (Brieftasche Griffs).** Bei der ersten Auflösung der am 2. Januar 1921 aus Mündung gelangenden Serie ist die Serie II gezogen worden. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. hört die Verbindung der ausgelösten Bahnauflösungen auf.

\* Die Frankfurter Arbeiterbank, G. m. b. H., soll in eine Aktienbank mit 12 Millionen Mark Grundkapital umgewandelt werden.

\* Engländer-Werke, Aktiengesellschaft in Dresden. In dem Projekt über die an der Berliner Börse zugelassenen 6 Mill. M. neue Aktien heißt es über die Aussichten: Das Unternehmen ist zurzeit mit Aufträgen zu angemessenen Preisen in pharmazeutischen Spezialitäten genügend versehen, leidet aber, wie die meisten Industriunternehmen unter den Schwierigkeiten der Rohstoff- und Rohstoffbeschaffung. Ob und inwieweit sich die enorme Steigerung der Geschäftsfeststellungen im Inlandsmarkt durch Preiserhöhungen ausgleichen läßt, ist nicht vorzusagen. Es darf aber gestellt werden, daß der Wiederaufbau des Auslandsmarktes für etwaige Ausfälle im Inlande einen Erfolg bieten wird.

\* Die Karl-Zeiss-Gesellschaft begab an ein unter Führung der Bank für Thüringen nebst Bankenkontorium zehn Milliarden Mark 4% Körige Tieflochluftversicherungen.

\* Dem Verband deutscher Rauchwarenfabrikanten ist es genehmigt, für die Rauchwarenaufzüchtung weitgehende Erliegerungen für die Ausfuhrabgaben durchzuführen. Nur Rohstoffe als Pelzwaren wird keine Abgabe mehr erhoben, für anbereitete Pelzwaren und Pelzfutter wird die Ausfuhrabgabe auf 20 % festgesetzt, wobei kein Unterschied mehr zwischen Kanin, Hasen und anderen Fellen gemacht wird.

**Der Eisenwirtschaftsverband** tritt am 25. dieses Monats zusammen, um über die Preisfestsetzungen für Eisen und Stahl im Monat August zu beraten. Man rechnet mit der Möglichkeit einer weiteren Erhöhung der Preise.

\* Die Lage des deutschen Webstoffsgewerbes zeigt im großen und ganzen auch jetzt noch keine Besserung. Die Zurückhaltung der Großabnehmer, welche noch über genügende Vorräte verfügen, besteht fort, und es werden vielfach Versuche gemacht, die laufenden Verträge zu kündigen. In fast allen Kreisen der deutschen Textilindustrie ist man der Ansicht, daß im Herbst Gebot einzutreten wird, und daß sich dann die Lage günstiger erhalten wird. So und inwieweit der seit einiger Zeit eingetretene Rückgang der Webstoffpreise seinen Einfluß auf die Warenpreise ausübt wird, läßt sich heute noch nicht sagen. In den verschiedenen Regionen haben Betriebsentwicklungen stattgefunden, die sich natürlich noch verstärken werden, wenn die Krisis länger als erwartet anhält.

\* Über die Lage im nordwestdeutschen Kohlenrevier schreibt der Kohleninteressent:

„...“

„...“

„...“

„...“

**Industrielle Verkäufe an Polen.** Eine der größten industriellen Werke im ehemaligen preußischen Gebiete, die Eisenbahn-Gesellschaft Herzfeld & Klockow in Brandenburg, die über 1000 Arbeiter beschäftigt, ist von der Stadt Jabłomia in Polen angekauft worden. — Zu dem in der außerordentlichen Sondersitzung des Reichstags am 1. Juli 1920 erlassenen Gesetz, welches die Rohstoffe, welche in der Zeit der Abfassung des Gesetzes in der Republik Polen erworben waren, obwohl es nur geringe finanzielle Bedenken bestanden hätte, hier einem alten historischen Betrieb wieder zu neuem Aufblühen zu verhelfen. Als ein indirekter Erfolg des Verbandes sei es an zu betrachten, daß endlich dem wilden Handel in Metallen durch behördliche Verordnung ein Ende gemacht wurde. Die neuen Verordnungen durch Umsatz- und Zugangssteuer für Importwaren seien weiteren Naturen, die den Absatz ungunstig beeinflussen. In einer an diesen Punkt anknüpfenden Auskunde wurde wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß mit Hilfe der Auskunde an die großen Opfer, die der Staat in fast fünf Jahren durch Entzug des Rohstoffmaterials gefordert habe, und im Hinblick auf den kaum nennenswerten Betrag, den die Besteuerung von Importwaren einbringe, beim Finanzministerium und Reichsministerium gefordert werden müsse, die Importwaren ganz aufzuhören. Zum Ende eines geplanten Rohstoffabbaus und Erleichterung des Absatzes von Bergfabrikaten wurde die Gründung einer Ein- und Verkaufsagentur G. m. b. H. mit dem Sitz in Nürnberg beschlossen.

**Industrielle Verkäufe an Polen.** Eine der größten industriellen Werke im ehemaligen preußischen Gebiete, die Eisenbahn-Gesellschaft Herzfeld & Klockow in Brandenburg, die über 1000 Arbeiter beschäftigt, ist von der Stadt Jabłomia in Polen angekauft worden. — Zu dem in der außerordentlichen Sondersitzung des Reichstags am 1. Juli 1920 erlassenen Gesetz, welches die Rohstoffe, welche in der Zeit der Abfassung des Gesetzes in der Republik Polen erworben waren, obwohl es nur geringe finanzielle Bedenken bestanden hätte, hier einem alten historischen Betrieb wieder zu neuem Aufblühen zu verhelfen. Als ein indirekter Erfolg des Verbandes sei es an zu betrachten, daß endlich dem wilden Handel in Metallen durch behördliche Verordnung ein Ende gemacht wurde. Die neuen Verordnungen durch Umsatz- und Zugangssteuer für Importwaren seien weiteren Naturen, die den Absatz ungunstig beeinflussen. In einer an diesen Punkt anknüpfenden Auskunde wurde wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß mit Hilfe der Auskunde an die großen Opfer, die der Staat in fast fünf Jahren durch Entzug des Rohstoffmaterials gefordert habe, und im Hinblick auf den kaum nennenswerten Betrag, den die Besteuerung von Importwaren einbringe, beim Finanzministerium und Reichsministerium gefordert werden müsse, die Importwaren ganz aufzuhören. Zum Ende eines geplanten Rohstoffabbaus und Erleichterung des Absatzes von Bergfabrikaten wurde die Gründung einer Ein- und Verkaufsagentur G. m. b. H. mit dem Sitz in Nürnberg beschlossen.

**Metallpreise in Berlin, am 9. Juli per 100 Kilogramm:** Elektrolytkupfer wird hoch (Bestellung der Vereinigung der Deutsche Elektrolytkupferspinner) 1620 M. Rottierungen der Kommission der Berliner Metallbörse: Raffinade kupfer 475 M. Sättigungskupfer 390–410 M. Originalkupfer weichblech 475 M. Sättigungskupfer im privaten Verkehr 300–300 M. Raffinade Plattenkupfer 390–475 M. Originalkupfer 300–350 M. Aluminium 98–99 % in gelöschten Blöcken 2100–2300 M. Zinn, Bismut, Blei, Cadmium, Tellur, Antimon, Ruthenium, Niob, Antimon-Ruthenium 6–720 M.

**Regelmäßige direkte Dampfschiffverbindungen ab Bremen.** Nach Aiel und Sestri nach Bedar, D. „Otto“. Nach Königslager, D. „Polux“, 17. 7. Nach Danzig und Königsberg auch je zehnmalig, D. ? Nach Riga, D. ? Nach Kopenhagen, etwa achtjährig, D. „Gäder“, 9. 7. Nach Delft, D. ? Nach Malmö, wöchentlich, D. ? Nach Stockholm,





**Intime Künstler-Klause**  
8 Uhr Tivoli-Palast 8 Uhr  
Das lustige Juli-Programm!  
**Tanz! Humor! Stimmung!**

**Königshof-Theater**  
12 Uhr 1,8 Uhr  
„Die Waise aus Lowood“  
Gespielt in 2 Akten und 4 Aufzügen von Charlotte Bröy-Webster.  
Bis mit Sonnabend geschlossen.

**Tymians halla-Theater.** Bis Sonntag: „Big“

**12. Juli**

Nur bis die lustige Wasserpanomime „An der Riviera“ zu sehen, die letzte Gelegenheit, in Dresden eine richtige Wasserpanomime im edelsten Circusgaste zu bewundern. Vorstellungsbegrenzung täglich 7½ Uhr. Sonntags auch 3 Uhr. Letzte Sonntagsaufführungen! Dresdens Tagesgespräch ist:

**Sarrasani.**

**Prießnitzbad, am Alaunplatz.** Dienst. 5, 7 ab 18. Donnerstag abend 7,8 Uhr  
**Groß-Künstler-Konzert** giebt den ehemaligen beliebten Bilderd-Konzerten. Trompetensolo aus der Enfernung: Herr Dr. W. Schmidt.

**Ball-Anzeiger**

Donnerstag den 8. Juli:

**Goldne Krone** Strehlen, Endst. Linie 8. Althistorische Tänze. Sans-Souci. G. Schäfer.

**Grüne Wieje Gruno** Straßendeck 12. Amerikanischer Tanz. Ball-Orchester.

**Balmengarten** mit Wintergarten und Tanzdielen.



**Tanzpalast Blumensäle**

Blumenstraße 48, Bogelwiese. Neuer Donnerstag ab 8. Juli.

**Das große**

**öffentliche Ballfest**

unter Einsicht von Herren- und Damenaussch. -

- Räumlichkeiten: Herr Kapellmeister Klemm. o.

- Ein wirklich reizvoller Abend.

Das verehrte Publikum, alle lieben Freunde, Freunde und Freunde leben herzlich ein.

Ernst Binder und Frau.

**Altsächs. urgemütliche Antons Weinstube**

Dort gibts prächtige Weine alt. Jahrg. zu bill. Preis.

Auch Schoppen, weiß und rot.

Frauenkirche 2.

**Friedrich-August-Bad** Königswald.

Täglich Familienbad.

**Schänkhübel Kloßjche.**

Erlaßlinie Linie 7.

◆ Nun erst recht das Schänkhübel Söldchen. ◆

• Von Sonntag ab spielt

eratklassige Künstlerkapelle, neu!

Die weitberühmten, 70 Grad Celsius heißen Schänkhübelchen von Bag

**Pistyan**

(Slowakei) sind das bewährteste Heilmittel für

**Gicht, Rheumatismus, Ischias.**

Voller Betrieb gleich der Friedenszeit.

Schnellreise mit direktem Anschluß in Prag in 16 Stunden. Passivum, Geldüberweisung durch Internationales Reise- und Speditionsbüro G. m. b. H., Sidonienstraße Nr. 9.

**Bogelwiesen-Schausteller**

werben für unter Schützenfest für den 25., 26. und 27. Juli gesucht. Offerten an Baumeister Fischer, Pulsnitz, Sa.

**Torf! Tof! Tof!**  
50-300 Waggons

handelsüblichen Stechtorf pro Ztr. 11 M. frei hannov. Station. Sofort verladebereit. Abschluß zu ob. Preise nur bis 1. August.

Hinrichs & Clausen, Harsefeld i. Hann.

**Gummiball- und Luftbereitung** zu den billigen, bestgeeigneten Preisen liefert Curt Manier, Hirschstraße 16.

Ab heute



Donnerstag

**Kammer-Lichtspiele**

# Hilde Wolter

## Büßer der Leidenschaft

Die Tragödie einer Ehe.

**5 Akte.**

## Bobby's Kraftpillen.

Urkomische Burleske.

Wochentags ab 4 Uhr.

Sonntags ab 3 Uhr.



### Zur Auflärung!

Es sind in der Stadt Gerüchte aufgetaucht, die j. St. auf der Vogelwiese befindlichen Schwestern Bläsek seien nicht zusammengewohnt. Daher sieht der Impresario der Bläsek-Schau sich veranlaßt, eine Prämie von

**10000 Mark**

auszuzahlen für denjenigen, der den Nachweis erbringt, die Schwestern Bläsek seien nicht die einzige lebende zusammengehörende Menschen.

Es finden daher am Freitag den 9. d. M. ab nachm. 2 Uhr halbstündlich sogenannte Auflärungsvorstellungen statt, zu denen aber nur Damen Zutritt haben.



### M·A·N-SAURER

**ROLF, GÖTZ & CO. DRESDEN**

MASCHINENFABRIK, ABT.: LASTKRAFTWAGEN

**Rapphengst,**

seien Idaho, Lassenrasse, 6 Uhr, starker Hengst, mit Gehörn u. einem. Tagewagen zu verkaufen.

Preis bei Fischer, Alsfeld, Königsbrücke Straße 27.

1 Paar gleiche, langdurch, breite

Stuten,

158 doch, seien gut im Geschirr,

ausdauernd und kompromiss-

haft, verkaufen im Reichsbund für

Reichsbund für